

Die geteilten Menschenrechte

Anmerkungen zu einer weltweiten Kontroverse

Die Asienreise des deutschen Bundeskanzlers war ausdrücklich als Werbeveranstaltung für die deutsche Wirtschaft bezeichnet worden. Vom 18. Februar bis 3. März 1993 reiste Helmut Kohl mit hochrangiger Besetzung aus der Industrie- und Finanzwelt nach Indien, Singapur, Indonesien, Japan und Südkorea. Doch sogar bei solch schwergewichtiger Dominanz der Geschäftsbeziehungen ließen sich die Menschenrechte nicht ganz ausklammern. Vor allem nicht in Indonesien. Kurz vor der Kanzlervisite hatte sich das Militär demonstrativ und brutal in innerkirchliche Angelegenheiten in Nordsumatra eingemischt, was auch protestantische Partnerkirchen in Deutschland zu Widerspruch veranlaßte. Ost-Timor ist ein Dauerthema mit weltweiter Beachtung. Verfolgung von Regimekritikern in Aceh/Sumatra und die Diskriminierung der Papuas in Irian Jaya sind weitere Stichworte auf der Liste der

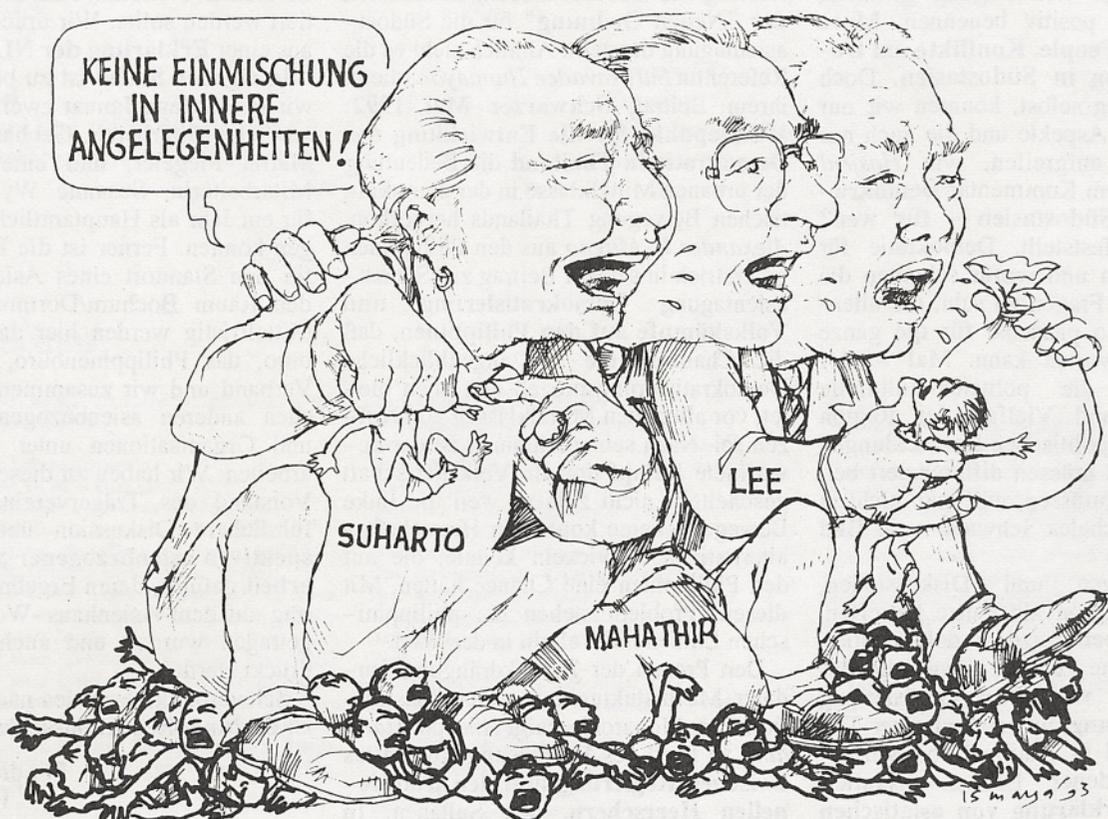
immer wieder von internationalen Organisationen wie Amnesty International angeprangerten Menschenrechtsverletzungen. Kohl habe darüber mit Präsident Suharto gesprochen: "Dies müsse unter Freunden möglich sein", zitierten die Korrespondenten und weiter: "Der Kanzler äußerte vor der Presse zugleich Verständnis für die Abneigung Indonesiens, solche Fragen öffentlich zu diskutieren." (Frankfurter Rundschau 26.2.93). Der indonesische Außenminister Ali Alatas nannte diesbezügliche Fragen aus dem Kreis der den Kanzler begleitenden Parlamentarier und Journalisten als – so wörtlich – arrogant.

Die Fragen bleiben: Was ist unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten? Bei welcher Art von Menschenrechtsverletzung ist die internationale Einmischung erforderlich? Und: Sind die Menschenrechte teilbar? Ist das westliche Demokratie-Modell auf außereuropäi-

sche Staaten zu übertragen? Die Diskussion um diese Fragen ist gerade in Asien heftig und kontrovers in Gang gekommen. Welche Antworten man als Europäer vor Ort darauf erhält, hängt wesentlich von der gesellschaftlichen Stellung des Gesprächspartners ab. Gehört er zu einer Nichtregierungs-Organisation, ist er Student, Journalist, Schriftsteller, dann wird zumeist eine völlig andere Position bezogen als die, die die jeweilige Regierung vertritt. In Südkorea, in Thailand, in Indonesien, in der Volksrepublik China, um nur einige Staaten zu nennen.

Die Forderung nach demokratischer Mitsprache treibt Akademiker in Seoul auf die Straßen. Teilhabe an Macht und Kontrolle der Obrigkeit verlangen Menschen unterschiedlichster Herkunft bei Demonstrationen in Bangkok. Umweltschutzorganisationen melden sich, verhalten und vorsichtig, doch vernehmlich in Jakarta zu mahndem Wort an die Adresse der Regierung, der rigoroser Ausverkauf der natürlichen Reichtümer des Landes vorgeworfen wird. Auf dem Platz des Himmlischen Friedens begehrten chinesische Studenten auf und riefen nach einer liberalen Öffnung.

Während kritische Intellektuelle die Verwirklichung der Menschenrechte einklagen, die dem Einzelnen die freie Entfaltungsmöglichkeit einräumen, bestehen die Regierungen auf einer grundsätzlichen Unterscheidung: auf der Trennung zwischen individuellen Menschenrechten und kollektiven Menschenrechten. Lautstark und von einer großen Zahl staatlicher Repräsentanten, so beispielsweise auf der Gipfelkonfe-



renz der Blockfreien-Bewegung (NAM) im September 1992 in Jakarta, verkündet. Auch bei der Menschenrechts-Tagung Anfang Februar 1993 in Jakarta ging es um dieses Thema. Von den UN waren 31 Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes eingeladen worden; und sowohl Regierungsvertreter als auch die Sprecher von Nichtregierungs-Organisationen kamen. Es war eines der Vorbereitungsstufen für die Welt-Menschenrechtskonferenz, die vom 14. bis 25. Juni 1993 in Wien stattfinden wird. In Jakarta trat höchstpersönlich Präsident Suharto vor die Mikrophone, um mit seiner Eröffnungsrede auf weitere Kontroversen einzustimmen. Er machte erneut geltend, daß es keine universellen Menschenrechte gebe, sondern jedes Land – sprich: die jeweilige Regierung! – die Grenze zwischen individuellen und kollektiven Menschenrechten ziehen müsse, um die nationalen Interessen zu wahren.

Dieser Konflikt um die geteilten Menschenrechte kennzeichnet die Auseinandersetzung beim Verlangen nach demokratischen Verhältnissen. In keinem asiatischen Staat kann ernsthaft von Demokratie die Rede sein, jedenfalls nicht im klassischen Sinne des Wortes. Die Regierungspositionen sind klar: Nur mit innenpolitischer Stabilität lasse sich ein Land zum Wohle aller aufbauen. Demnach: Einzelne Kritiker, die dieses Ziel infrage stellen oder verlangen, daß eine repräsentative Volksvertretung an der Definition der Ziele beteiligt sein solle, werden als Störenfriede mundtot gemacht, in Gefängnisse gesteckt, auf offener Straße niedergemetzelt. Dies hat eine lange Tradition. Asiatische Gesellschaften sind noch heute von hierarchisch aufgebauter Obrigkeit geprägt. Alter fungiert vor Jugend, Männer vor Frauen. Macht ist in einer oder wenigen Händen konzentriert. Autorität wird von oben nach unten praktiziert. Im Gegensatz zum westlichen Individualismus spielt nicht der Einzelne die zentrale Rolle, sondern der jeweilige Clan mit seinem Oberhaupt. Das Prinzip des Konfuzius verlangt unbedingte Unterordnung. Das gilt für das Kind innerhalb der Familie. Das gilt für den Staatsbürger innerhalb seiner Gesellschaft. Von diesem Hintergrund leiten die Regierungen bis heute die Teilung der Menschenrechte ab. Um die gesamtstaatliche Entwicklung zu gewährleisten, müssen die Bedürfnisse einzelner Bürger zurückstehen. Demokratie wird als westlicher Ordnungsfaktor abgetan, der für Asien nicht taugt.

In der Tat: Die Deklaration der Menschenrechte wurzelt in der abendländischen Geschichte und Denkweise. Darin steckt das Ideal des eigenverantwortlichen Menschen, der aus individuellem Selbstverständnis heraus an der Gestaltung seiner Welt teilnimmt. In der Formulierung der Menschenrechte steckt das Aufbegehren der Französischen Revolu-

tion. In der Einklagbarkeit der Menschenrechte steckt die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragene Staatsform der Demokratie, so mangelhaft deren tatsächlicher Zustand auch sein mag.

Die Geschichte asiatischer Staaten verlief völlig anders. Wo Europäer und Amerikaner als Kolonialherren in asiatische Geschicke eingriffen, traten auch die weißen Herren nicht als Verfechter der Menschenrechte auf, sondern jagten ihren eigenen Profiterwartungen hinterher, was Seelen, Pfeffer und Territorien betraf. Doch die Verhältnisse ändern sich auch in Asien. So begründet die traditionelle Machtausübung war, so brüchig wird das Fundament dafür in unserer Zeit. Dieselben Regierungen, die sich auf die eigenständige Geschichte und Kultur und Religion berufen, forcieren im Bereich von Wirtschaft und Technologie eine Entwicklung, die ganz den westlichen Vorbildern folgt und mit handfester Beteiligung von deren Repräsentanten vorangetrieben wird. Immer dann, wenn es um vordergründige Interessen geht – Kritik am Regierungsstil abzuwehren, ein Großprojekt durchzusetzen, bei dem Zehntausende ihre Heimat verlassen müssen, Willküraktionen des Militärs zu decken, Bücher zu verbieten, politische Gegner zu verhaften –, immer dann, wenn es den Herrschenden zu ungemütlich wird, dann verweisen sie auf die geteilten Menschenrechte. Es ist die unredliche und durchschaubare Machtausübung aller totalitären Regime.

Der Wind der geistigen Veränderung bläst nun allerdings auch in Asien. Vor allem in jenen Ländern, die als Schwellenländer bezeichnet werden, die wirtschaftlichen Aufschwung und Industrialisierung in Gang bringen, werden die

Ansprüche an populärer Partizipation lauter und selbstbewußter ausgesprochen. Damit bricht ein Dilemma auf, in das zunehmend die Regierungen solcher wirtschaftlichen Erfolgsmodelle geraten, die die materielle Entwicklung fördern, ins Bildungswesen investieren und dann ignorieren wollen, daß Menschen nicht nur komplizierte Maschinen zu bedienen lernen, sondern auch darüber nachzudenken beginnen, was denn mit den Werkzeugen produziert wird, wer davon profitiert und wie hoch der Preis an Raubbau im Lande ist. Mit dem Anwachsen neuer Mittelschichten entsteht auch ein Potential an kritischem Geist: ein Zeitgeist, der tatsächliche Traditionen und vermeintlich festgefügte Grundlagen von Macht infrage stellt.

Wenn Kritik von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder sogar von offizieller Seite anderer Regierungen – beispielsweise in Tischreden bei Staatsbesuchen – geübert wird, dann tun dies die betroffenen Präsidenten und ihre Clans als Einmischung von außen ab. Da wird ein Deal angeboten: Wir interessieren uns nicht für die Menschenrechte in euren Ländern; und ihr laßt uns auch in Ruhe. So hätten sie es gern! Doch die Zeiten sind nicht mehr so. Dies hat wenig mit Einmischung von außen zu tun. Es macht sich zunehmend Einmischung von innen bemerkbar. Menschenrechte sind eben nicht teilbar.

Rüdiger Siebert

Der Autor ist Journalist, hat mehrere Bücher zu Indonesien und anderen Ländern Südostasiens veröffentlicht und arbeitet als Leiter des indonesischen Programms bei der Deutschen Welle.

Demokratisierung in Südostasien – für wen?

Unter dem Titel "More Power to the People: Konflikte um Demokratisierung in Südostasien" fand vom 12.-14. Februar dieses Jahres die Jahrestagung der Südostasien-Informationsstelle statt. Über 100 Interessierte waren gekommen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Holland und England.

Wenn auch die Begriffe wie "Volk" und "Demokratie" in ihrem Kern ehrenhafte und fortschrittliche Werte widerspiegeln, so muß am Ende der Tagung der Verlauf der Diskussion über "mehr" Macht dem Volke als ein bescheidener Versuch im Ausland gesehen werden. Es ging mehr um die Vielfältigkeit eines eingeschränkten Prozesses der Volksbeteiligung und das komplexe Phänomen "Macht" in der Region. Die Mehrheit der asiatischen Gesellschaften haben eine lange Kolonialgeschichte und eine Tra-

dition des Feudalismus, der Diktatur und Militärherrschaft. Wenn nicht Diktatur oder Ausnahmezustand in einem asiatischen Land vorherrschten, dann war Partizipation ein Prozeß, der in den Gefilden der Elite geboren wurde, unterstützt von der anwachsenden Mittelklasse und artikuliert von den städtischen Marginalisierten.

Angesichts der Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen im Juni wird es einigen Regierungen von (südost-)asiatischen Ländern schließlich gelingen,